AKREF-Nachrichten vom 20.11.2026 bis 27.11.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

2007- 2026 Deutsche Evangelische Allianz e.V. | Umsetzung: b13 GmbH | Kontakt | Spenden | Impressum

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Tigray: Eine Million Vertriebene und fast vier Millionen Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind 3

Deutschland: Nmecha-Torjubel 4

Deutschland: Deutsche Orthodoxe Bischofskonferenz - Schutz von syrischen Christen 5

Deutschland: Kreuzketten-Träger angegriffen und verletzt 7

Deutschland: Leipzig - Erneut vier Freikirchen beschädigt 8

Deutschland: Nach Angriff bei Demonstration 9

Deutschland: Poschardt - Dem Hass auf Juden folgt der Hass auf Christen 10

Estland, Litauen, Lettland: Wie geht es den Christen? 11

Europa: OIDAC-Bericht über Angriffe auf Christen 12

Indonesien: Proteste gegen Kirchenbau 13

Iran: Geheimdokument: Verhinderung von Weihnachtsfeiern geplant 15

Israel: Herzog empfängt bolivianische Politiker 16

Kongo DR: Bischöfe - „Die Kirche ist kein politischer Feind“ 17

Mosambik: Ein Christ erzählt 18

Myanmar: UN-Gerichtshof erkennt Völkermord an den Rohingya an 19

Niederlande: 15.000 Teilnehmer beim Marsch für das Leben 20

Niederlande: Gemeinde beendet Dauergottesdienst nach 730 Tagen 21

Niger: Die neue humanitäre Notlage 22

Nigeria: Tabernakel in einer Kapelle in Malali geschändet 23

Ozeanien/ Papua Neuguinea: Katholischer Priester getötet 24

Pakistan : Warten auf Vollstreckung des Todesurteil wegen kritischem Zitat 26

Pakistan: verschärfte Blasphemiegesetze im Punjab 27

Sudan: Neuer Radiosender 29

Äthiopien: Tigray: Eine Million Vertriebene und fast vier Millionen Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind

Die Spannungen mit Eritrea nehmen zu

Adigrat (Fides) – Die humanitäre Lage in der Region Tigray im Norden Äthiopiens bleibt dramatisch: Millionen von Menschen leiden weiterhin unter den Folgen des Konflikts, der Vertreibungen und der fortschreitenden Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Laut den im vergangenen Oktober veröffentlichten Erhebungen sind noch immer etwa eine Million Menschen auf der Flucht, während fast vier Millionen dringend humanitäre Hilfe benötigen (siehe Fides, 1.10.2026). Die Zivilbevölkerung hat mit einem gravierenden Mangel an lebensnotwendigen Gütern und einem stark geschwächten Gesundheitssystem zu kämpfen. Zahlreiche Krankenhäuser haben mit einem Mangel an Medikamenten, Material und medizinischer Ausrüstung zu kämpfen, was die Möglichkeiten einschränkt, einer Bevölkerung, die bereits durch Jahre der Gewalt und Entbehrungen geschwächt ist, eine angemessene Versorgung zu gewährleisten.

Die Situation wird zusätzlich durch Dürre, den wirtschaftlichen Zusammenbruch und das Wiederaufflammen bewaffneter Auseinandersetzungen verschärft, was die Ernährungsunsicherheit weiter verschlimmert. Für viele Familien bleibt der Zugang zu Nahrungsmitteln und grundlegenden Dienstleistungen problematisch, während der Mangel an Ressourcen und Arbeitsmöglichkeiten jegliche Aussicht auf einen Wiederaufbau behindert. Besonders kritisch ist die Lage der Vertriebenen, vor allem derjenigen, die ihre Häuser in den umkämpften Gebieten verlassen mussten. Im westlichen Tigray hindern Territorialstreitigkeiten und anhaltende Spannungen zahlreiche Familien daran, unter sicheren Bedingungen in ihre Heimat zurückzukehren. Die Rückkehr der Vertriebenen hängt daher nicht nur von der Verfügbarkeit von Hilfe und Dienstleistungen ab, sondern auch von der Lösung der Territorialfragen und der Wiederherstellung sicherer Bedingungen.

Zur humanitären Krise kommt eine zunehmend komplexe politische und militärische Lage hinzu. Die Spannungen zwischen der Tigray-Volksbefreiungsfront (TPLF) und der Bundesregierung in Addis Abeba verflechten sich nämlich mit der fortschreitenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea, was das Ausmaß der Krise vergrößert und die Befürchtungen vor einer Destabilisierung des gesamten Horns von Afrika schürt (siehe Fides, 14.10.2026). Die Beziehungen zwischen Addis Abeba und Asmara sind geprägt von zunehmenden strategischen Gegensätzen, militärischen Drohungen und Spannungen entlang der Grenze. Eine Situation, die das regionale Gleichgewicht weiter zu gefährden droht, das bereits durch die Folgen des Konflikts in Tigray und die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Akteuren in der Region stark auf die Probe gestellt wird. Es bleibt abzuwarten, ob die Spannungen zwischen Äthiopien und Eritrea in einen offenen Konflikt münden werden, mit Folgen für die Stabilität des gesamten Horns von Afrika und einer weiteren Verschärfung der humanitären Krise in Tigray.

Daher sind die Wiederherstellung der grundlegenden Versorgungsdienste, der Zugang zu humanitärer Hilfe und die Schaffung von Bedingungen, die es den Vertriebenen ermöglichen, freiwillig und sicher in ihre Häuser zurückzukehren, nach wie vor dringend erforderlich. Diese Ziele erfordern eine kontinuierliche humanitäre Unterstützung und einen politischen Kurs hin zur Stabilität.

(AP) (Fides, 25/11/2026)

Deutschland: Nmecha-Torjubel

Petitions-Initiator telefoniert mit BVB-Präsident Watzke. Das Gespräch sei konstruktiv verlaufen, allerdings ohne gewünschtes Ergebnis

Dortmund/Berlin (IDEA) – Der Initiator der Petition für den christlichen Torjubel von Nationalspieler und Dortmund-Profi Felix Nmecha hat mit dem Präsidenten von Borussia Dortmund (BVB), Hans-Joachim Watzke, telefoniert. Das teilte Dirk Noack (Berlin) auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Noack ist Vorsitzender der Geschäftsführung des christlichen Schulträgers Christburg Campus und Vereinsmitglied des BVB. Er startete die Online-Petition „Glaube ist kein Foul: Lasst Felix jubeln!“ am 12. November. Einen Tag zuvor hatte er nach eigener Aussage Watzke einen persönlichen Brief geschickt. Zwei Stunden später habe der Präsident ihn persönlich angerufen. Das halbstündige Gespräch sei „offen und konstruktiv“ gewesen, so Noack. Allerdings „ohne den gewünschten Erfolg“. Watzke habe in dem Gespräch betont, praktizierender Katholik zu sein. Für Noack machte das für den Gesprächsausgang keinen Unterschied: „Das half da leider auch nicht.“

Bisher rund 6.600 Unterschriften für die Petition

Nmecha hatte am 7. November nach zwei Toren gegen Elversberg eine imaginäre Krone von seinem Kopf genommen und sie symbolisch vor Jesus auf dem Rasen niedergelegt. Die BVB-Fan- und Förderabteilung kritisierte, die Geste sei Teil der Kampagne „The King‘s Return“ der evangelikalen Fußballerorganisation „Ballers in God“. Watzke bezeichnete deren Positionen als nicht vereinbar mit dem Grundwertekodex des Vereins. Nach Absprache mit Watzke und Bundestrainer Jürgen Klopp willigte Nmecha ein, künftig auf den Jubel zu verzichten. Die Online-Petition fordert den BVB auf, die Aufforderung zum Verzicht zurückzunehmen. Bis zum 20. November haben rund 6.600 Menschen unterschrieben. Ziel sind 10.000 Unterschriften.Ursprünglich sollte die Unterschriftensammlung am 22. November enden. An diesem Tag findet die Mitgliederversammlung des BVB statt. Wegen der großen Resonanz habe er die Laufzeit bis zum 30. November verlängert, sagte Noack IDEA. So sollten mehr Menschen die Chance bekommen, von der Aktion zu erfahren und sich zu beteiligen. Bei der Mitgliederversammlung werde er dem Verein einen Zwischenstand übergeben. Den Endstand wolle er nach Ablauf der Petition übermitteln. Noack überlegt zudem, die Aktion zu einer dauerhaften Initiative auszubauen: „‚Glaube ist kein Foul‘ könnte sich grundsätzlich und längerfristig für Glaubensfreiheit im Spitzensport einsetzen.“

Deutschland: Deutsche Orthodoxe Bischofskonferenz - Schutz von syrischen Christen

Metropolit Augoustinos: Auch sie haben ein Recht auf Religionsfreiheit

Dortmund/München/Damaskus (IDEA) – Die Orthodoxe Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD/Dortmund) hat angesichts zunehmender Gewalt gegen Christen in Syrien deren Schutz gefordert. Ihr Vorsitzender, Metropolit Augoustinos von Deutschland, äußerte in einer Erklärung seine große Sorge über die Berichte aus dem Land. Entführungen, Gewalt und Übergriffe auf Christen und kirchliche Einrichtungen gefährdeten die Zukunft der christlichen Gemeinden „in ihrer jahrtausendealten Heimat“. Die syrischen Behörden trügen die Verantwortung für die Sicherheit aller Bürger und den Schutz ihrer religiösen Einrichtungen. Zum Hintergrund: Seit dem Sturz des langjährigen Machthabers Baschar al-Assad im Dezember 2024 wird Syrien von Ahmed al-Scharaa regiert, dem ehemaligen Anführer der islamistischen Miliz Hai‘at Tahrir al-Sham (HTS), der als „Übergangspräsident“ die Regierungsgeschäfte führt.

Überfall auf griechisch-katholischen Erzbischof

Hintergrund der Erklärung sind mehrere Vorfälle der vergangenen Wochen. Am 14. November wurde nach Angaben des Hilfswerks Christian Solidarity International (CSI) der melkitisch-griechisch-katholische Erzbischof von Homs, Youhanna Abdo Arbash (74), in seinem Bischofssitz überfallen. Bewaffnete Männer stürmten demnach das Kirchengelände, fesselten und knebelten den Geistlichen und verbanden ihm die Augen. Sie hätten persönliche und religiöse Gegenstände entwendet, darunter einen Safe und das Brustkreuz des Erzbischofs. Bereits am 19. Oktober sei der griechisch-orthodoxe Goldschmied Maher Sankari aus der christlich geprägten Stadt Suqailabiyya im Westen Syriens entführt worden. Die Täter fordern laut CSI 120 Kilogramm Gold – umgerechnet rund 15 Millionen Dollar – von der Familie. Berichten zufolge sollen ihr Videos mit Folterszenen zugespielt worden sein.

CSI: Deutschland darf sich nicht zum „Büttel der Dschihadisten“ machen lassen

CSI-Geschäftsführer Peter Fuchs hat einen offenen Brief an Bundesaußenminister Johann Wadephul (CDU) veröffentlicht, in dem er der Bundesregierung vorwirft, ihre Syrienpolitik bislang nicht an die Realitäten im Land angepasst zu haben. Wadephul habe in seiner Eröffnungsrede beim „Berlin Peace Dialogue“ (Berliner Friedensdialog) am 8. Oktober vor allem die Aufarbeitung der Gräueltaten des Assad-Regimes hervorgehoben und betont, dass das „Trauma des Krieges“ fortbestehe – über die heutige Situation, in der religiöse Minderheiten zunehmend ins Fadenkreuz gerieten, habe er hingegen kein Wort verloren. Dabei würden Schulbücher dort zunehmend am Koran ausgerichtet, Frauen aus dem öffentlichen Leben verdrängt und Christen aus der Verwaltung entfernt. Schikanen, Demütigungen und willkürliche Verhaftungen funktionierten weiterhin nach einem Muster, das noch aus der Assad-Zeit bekannt sei – zugleich drohten Christen zum Freiwild Krimineller und radikaler Islamisten zu werden, die noch offene Rechnungen aus den Kriegsjahren begleichen wollten. Im Parlament säßen zum Teil von al-Scharaa „handverlesene“ Abgeordnete. Alle Anzeichen deuteten auf die Umwandlung des multikulturellen Syriens in eine sunnitisch dominierte Islamische Republik hin. Fuchs forderte die Bundesregierung auf, „entschlossen Druck“ auf das Regime al-Scharaas auszuüben. Deutschland verfüge über genügend finanzielle Hebel und politisches Gewicht dafür. Es dürfe sich nicht aus falscher Hoffnung auf eine Rückkehr syrischer Flüchtlinge „zum Büttel der Dschihadisten“ machen lassen. Andernfalls mache sich die Bundesrepublik „angesichts eines neuen Kapitels der Auslöschung des Christentums im Orient mitschuldig“.

Aufklärung der Gewalttaten gefordert

Metropolit Augoustinos rief zudem die Bundesregierung, die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Bemühungen des griechisch-orthodoxen Patriarchen von Antiochien und des ganzen Ostens, Johannes X., für die Freilassung der Entführten aktiv zu unterstützen. Er verlangte „die Aufklärung der Gewalttaten und die konsequente strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen". Die Christen Syriens gehörten untrennbar zur Geschichte und Identität des Landes. Ihr Recht auf Sicherheit, Religionsfreiheit und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben müsse uneingeschränkt gewährleistet werden.

Gemeinsame Erklärung dreier Patriarchen

Am 17. November hatten neben Johannes X. auch die Patriarchen Joseph I. Absi (melkitisch-griechisch-katholisch) und Mor Ignatius Afrem II. (syrisch-orthodox) in einer gemeinsamen Erklärung die Angriffe verurteilt. Sie warfen den Behörden Versagen vor. „Die Wiederholung dieser Vorfälle, ohne jede Reaktion und ohne greifbare Ergebnisse seitens der Behörden, stellt uns ebenso wie die Öffentlichkeit vor eine ernste Frage nach der Zukunft der Christen in diesem Land." Nach Schätzungen leben noch rund 300.000 bis 500.000 Christen in Syrien, das insgesamt fast 26 Millionen Einwohner hat. Vor dem Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 waren es etwa 1,5 bis zwei Millionen – zwischen sieben und zehn Prozent der Bevölkerung.

Deutschland: Kreuzketten-Träger angegriffen und verletzt

Berlin: Polizei vermutet religiöses Tatmotiv, der Staatsschutz ermittelt

Berlin (IDEA) – Im Berliner Ortsteil Hellersdorf ist ein 62-jähriger Mann bei einem mutmaßlich religiös motivierten Angriff verletzt worden. Das bestätigte die Polizei Berlin auf Nachfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Nach Polizeiangaben hätten die Angreifer das Wort „Christ“ erwähnt und an der Kreuzkette des Mannes gerissen. Nach bisherigen Erkenntnissen sprachen vier unbekannte Männer den 62-Jährigen in der Nacht zum 25. November gegen 4.15 Uhr im Bereich der Alten Hellersdorfer Straße an. Einer der Tatverdächtigen soll an der Kreuzkette gerissen haben, die der Mann um den Hals trug. Die Kette blieb unbeschädigt. Anschließend sollen alle vier Männer den 62-Jährigen geschubst haben, so dass er zu Boden fiel. Dabei verletzte er sich an einer Hand und einem Knie. Als der Mann am Boden lag, soll einer der Angreifer weiter auf ihn eingeschlagen und ihn an der Nase verletzt haben. Die Tatverdächtigen flüchteten laut Polizei in unbekannte Richtung. Alarmierte Rettungskräfte brachten den Verletzten zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus. Der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes hat die weiteren Ermittlungen übernommen, insbesondere zu einem möglichen religiösen Tatmotiv.

Deutschland: Leipzig - Erneut vier Freikirchen beschädigt

Unbekannte beschädigten am Wochenende vier Gemeindegebäude

Leipzig (IDEA) – Unbekannte haben in Leipzig erneut Gebäude von Freikirchen beschädigt. Zwischen dem Abend des 20. und dem Morgen des 22. November beschädigten sie mit bislang unbekannten Gegenständen Türen und Fenster an vier Gebäuden, teilte die Polizei Leipzig mit. Betroffen sind die pfingstkirchlichen Gemeinden ELIM Leipzig und Generations Church – beide Teil des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) – sowie eine Begegnungsstätte der Freien evangelischen Gemeinde (FeG) und das Gemeindehaus der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Jacobstraße (EFG). Nach Polizeiangaben beschädigten die Täter die Tür der ELIM-Gemeinde in der Hans-Poeche-Straße (Zentrum-Ost). Der Sachschaden belaufe sich auf etwa 2.000 Euro. Am Gebäude der Generations Church in der Puschstraße (Zentrum-Südost) schlugen sie drei Scheiben ein. Den Schaden schätzt die Polizei auf 3.000 Euro. Am FeG-Gebäude am Roßplatz (Zentrum-Südost) ging eine Scheibe zu Bruch, am EFG-Gemeindehaus in der Jacobstraße (Zentrum-Nordwest) waren es zwei. In beiden Fällen ist die Schadenshöhe noch unbekannt. Die Polizei ermittelt wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung und prüft, ob die Taten zusammenhängen. Bereits zwischen dem 21. und 25. Oktober hatte es im Leipziger Stadtgebiet insgesamt fünf Sachbeschädigungen an Kirchen gegeben, darunter auch schon die Gemeinde Jacobstraße und die Generations Church, ebenso die Zeal Church.

Pastor schließt politisches Motiv aus

Der Pastor und Referent der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Jacobstraße, Philipp Buskamp, schloss eine politische Motivation aus. Der mutmaßliche Täter sei der Gemeinde bekannt, sagte er auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Bei seinem Motiv gehe es „nicht um irgendwelche Ideologien“. Es handle sich um einen Einzeltäter, „der hier immer und immer wieder Schaden anrichtet“. Derselbe Täter sei auch für Angriffe auf die zwei Tochtergemeinden in der Karlruher Straße sowie in der Georg-Schwarz-Straße im Oktober verantwortlich gewesen. Ob er auch hinter den Taten bei den anderen Gemeinden stecke, lasse sich nicht nachweisen. Die Gemeinde wolle auf den mutmaßlichen Täter zugehen, betonte Buskamp. Zugleich arbeite sie weiter mit der Polizei zusammen, um vor möglichen weiteren Angriffen geschützt zu sein.

Deutschland: Nach Angriff bei Demonstration

Israelischer Botschafter besucht Preisler im Krankenhaus

Zwei israelfeindliche Demonstrantinnen verletzen Karoline Preisler am Rande einer Kundgebung. Diese kommt daraufhin ins Krankenhaus. Aus Israel und Deutschland erfährt die Juristin eine Welle der Solidarität.

(Von Israelnetz vom 23. November 2026) Berlin (inn) – Nach einem Angriff auf die Juristin und Politikerin Karoline Preisler hat der israelische Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, sie im Krankenhaus besucht und ihren Mut gewürdigt. „Sie stellt sich seit Jahren oft ganz allein dem Judenhass auf Berlins Straßen entgegen“, sagte er gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Sie tue dies aus Überzeugung „und ist dafür jetzt im Krankenhaus gelandet“.

Preisler wurde am Samstag am Rande einer israelfeindlichen Demonstration von zwei Frauen zunächst grob angerempelt. Dann habe ein unerwarteter Tritt in die Körpermitte sie zu Boden gerissen, erklärte die Aktivistin am Sonntag im Gespräch mit der „Jüdischen Allgemeinen“. Sie fuhr fort: „Ich fiel nach hinten und schlug mir den Kopf auf dem Pflaster auf.“ Nach Angaben der Polizei wurde eine 25-jährige Frau vorläufig festgenommen.

Solidarität aus Israel und Deutschland

Nach dem Angriff erhielt Preisler einen Anruf von dem israelischen Außenminister Gideon Sa’ar (Neue Hoffnung). Er habe ihr Engagement gegen Antisemitismus gewürdigt. Das habe ihr viel bedeutet, sagte Preisler und ergänzte: „Wir wollen uns bald persönlich treffen.“ Auf X schrieb Sa’ar auf Deutsch: „Wir stehen alle an Deiner Seite, liebe Karoline“.

Auch deutsche Politiker drückten ihre Solidarität mit Preisler aus. So wünschte Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) ihr auf X eine schnelle Genesung und dankte ihr für ihren Einsatz gegen Antisemitismus und für das jüdische Leben in Deutschland. FDP-Chef Wolfgang Kubicki erklärte, seine gesamte Partei stehe hinter Preisler. An die Täterinnen gewandt fügte er hinzu: „Euer Hass wird nicht siegen.“

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) nannte Preisler auf Instagram eine „beeindruckende Frau“, die öffentlich und friedlich protestiere. Die Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Katharina von Schnurbein, zeigte sich erschüttert: „Der feige Angriff macht deutlich, dass Antisemitismus nicht nur eine Gefahr für jüdische Menschen ist sondern für alle, die demokratische Werte verteidigen“, schrieb sie auf X.

Regelmäßige Demonstrationen

Es ist nicht das erste Mal, dass Preisler bei einer israelfeindlichen Demo verletzt wurde. So schlug ihr eine Demonstrantin im März 2025 mit einer Fahnenstange auf die Hand. Vier Monate später versuchten Demonstranten, Preisler ein Plakat aus der Hand zu reißen, und verletzten sie erneut an der Hand.

Seit dem Hamas-Massaker vor mehr als drei Jahren ist das FDP-Mitglied regelmäßig auf israelfeindlichen Kundgebungen unterwegs. Mit Blumen und Plakaten protestiert sie dort gegen Antisemitismus und israelfeindliche Positionen. (mw)

Deutschland: Poschardt - Dem Hass auf Juden folgt der Hass auf Christen

Der Publizist kritisiert mangelnde Solidarität mit verfolgten Christen

Berlin (IDEA) – Der Publizist und frühere Herausgeber der Tageszeitung „Die Welt“, Ulf Poschardt, hat mehr Aufmerksamkeit für die weltweite Christenverfolgung gefordert. In einer Videobotschaft, die er über den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter) verbreitete, beklagte er, dass sie wie ein Nischenthema behandelt werde. Er sprach davon, dass weltweit zwischen 300 und 400 Millionen Christen bedroht seien. Zugleich übte er scharfe Kritik an den deutschen Kirchen, die keinen offenen Widerspruch gegen die Bedrohungen wagten. Christen in Deutschland gingen „verdruckst“ mit ihrem Glauben um. Ihr Selbstbewusstsein sei ähnlich gering ausgeprägt wie das der Deutschen mit Blick auf ihren Patriotismus. Auch trauten sie sich nicht, offen mit dem Kreuz aufzutreten.

Zuerst werden die Juden verdrängt, dann die Christen

Poschardt verwies auf den Überfall auf einen syrischen Erzbischof. Nach Angaben des Hilfswerks Christian Solidarity International (CSI) drangen bewaffnete Männer in den Bischofssitz des 74-jährigen Youhanna Abdo Arbash ein, fesselten und knebelten den Geistlichen und verbanden ihm die Augen. Sie entwendeten persönliche und religiöse Gegenstände, darunter einen Safe und das Brustkreuz des Erzbischofs. Im arabisch-muslimischen Raum gebe es eine tiefe Abneigung gegen jede andere Religion als den Islam, so Poschardt. Das Christentum trete dort an die Stelle des Judentums, wo es keine Juden mehr gebe, weil diese aus den entsprechenden Gesellschaften vertrieben oder ausgerottet worden seien. Dahinter stehe eine Religion, die nicht ertragen könne, dass neben ihr andere Religionen existierten, weil sie „unaufgeklärt“ sei. Wie bedrohlich die Lage inzwischen auch in Deutschland sei, zeige sich an den Weihnachtsmärkten, die wegen der Sicherheitsvorkehrungen wie Festungen aussähen – der Markt in Magdeburg etwa sei abgesichert wie „ein NATO-Treffen“. Viele andere seien in Lichterfeste umbenannt oder ganz abgesagt worden.

Verbindung zum Antisemitismus

Poschardt stellte die Christenverfolgung in einen unmittelbaren Zusammenhang mit einem zunehmenden Antisemitismus. Dieser sei die Vorstufe zu einer Feindschaft, die sich anschließend gegen die Christen richte. Dem Hass auf die Juden folge der Hass auf die Christen, warnte er. Wie verbreitet dieser Antisemitismus inzwischen sei, zeige sich am Umgang mit Israel: Verbrechen der Terrormilizen Hamas und Hisbollah, die Rolle des Irans sowie die Frauenverachtung im Islam würden ausgeblendet; stattdessen schieße man sich auf den jüdischen Staat als einzigen Feind ein. Israel werde als „der Jude unter den Nationen“ gehasst. Vor diesem Hintergrund sei die Vorstellung, man könne sich wegducken und werde selbst nicht betroffen sein, die lächerlichste Illusion. Wer heute zu den Übergriffen auf Juden und Christen schweige, werde früher oder später selbst ins Visier geraten. An diese Entwicklung wolle er sich nicht gewöhnen, betonte Poschardt; es gelte, radikal dagegenzuhalten. Wer für das Christentum eintrete, verteidige zugleich das christlich-jüdische Abendland und die eigene Art, zu leben. Das sei nicht verhandelbar.

Estland, Litauen, Lettland: Wie geht es den Christen?

Die baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland weisen zusammen einen durchschnittlichen Anteil von 4,3 % evangelikaler Bevölkerung auf, was über dem europäischen Durchschnitt liegt.
Nachdem sie 1991 nach mehr als 50 Jahren sowjetischer Besatzung ihre Unabhängigkeit wiedererlangt hatten, sind die baltischen Staaten heute weitgehend säkulare Gesellschaften, in denen es dem Evangelium schwerfällt, Wirkung zu zeigen. Die meisten Menschen sind eher darauf bedacht, ihren bisherigen Lebensstil beizubehalten, und sind auf der Hut vor der allgegenwärtigen Bedrohung durch Russlands Bestreben, die Kontrolle über ehemalige Gebiete der UdSSR zurückzugewinnen.
Zwar gibt es im Baltikum viel, wofür man dankbar sein kann, doch besteht auch ein großer Bedarf an mehr Evangelisationsarbeit, Jüngerschaft und Gemeindegründung. In den Hauptstädten gibt es missionarisch tätige Gemeinden, doch außerhalb der großen Ballungszentren sind sie selten anzutreffen. (ECM)

WORLDNEWS 336 Bridgeway Publications vom 15. November 2026/ bearbeitet AKREF

Europa: OIDAC-Bericht über Angriffe auf Christen

Kirchen reagieren besorgt. Jahresbericht dokumentiert 2.465 christenfeindliche Vorfälle in Europa

Bonn/Hannover/Berlin (IDEA) – Die (katholische) Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) nehmen die Zunahme von Angriffen auf Christen und christliche Einrichtungen mit Sorge wahr. Das geht aus Stellungnahmen auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA hervor. Hintergrund ist der am 16. November veröffentlichte Jahresbericht der „Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa“ (OIDAC). Demnach gab es 2025 in Europa mindestens 395 Angriffe auf einzelne Christen einschließlich Drohungen – ein Anstieg um rund 44 Prozent gegenüber dem Vorjahr (274). Insgesamt dokumentiert der Bericht 2.465 christenfeindliche Hassverbrechen und Vorfälle (2024: 2.211). Mindestens zwei Christen wurden in Europa ermordet. Die meisten Fälle wurden in Frankreich (843), England und Wales (624), Deutschland (337) und Österreich (134) registriert. Das Bundeskriminalamt (BKA) erfasste in Deutschland 337 politisch motivierte christenfeindliche Straftaten, darunter 14 Körperverletzungen und einen versuchten Mord.

Bischofskonferenz warnt vor politischer Instrumentalisierung

Der Pressesprecher der DBK, Matthias Kopp (Bonn), wollte sich gegenüber IDEA nicht direkt zum OIDAC-Bericht äußern, erklärte aber: „Die Deutsche Bischofskonferenz beobachtet mit Sorge die Zunahme von Angriffen auf Kirchen und religiöse Symbole, die nicht nur als Sachbeschädigung, sondern auch als Verletzung religiöser Gefühle und als Störung der Religionsausübung verstanden werden.“ Im Dialog mit staatlichen Behörden und Sicherheitsorganen setze sich die Bischofskonferenz für eine „differenzierte Wahrnehmung und konsequente Ahndung solcher Straftaten“ ein. Man vertraue der Arbeit von Polizei und Justiz. Die Ursachen für die Übergriffe seien vielfältig und reichten „von aggressivem Laizismus über extremistische Ideologien bis hin zu psychischen Störungen Einzelner“. Ein pauschaler Zusammenhang mit der Migrationsdebatte bestehe nicht. Zugleich betonte Kopp die Notwendigkeit interreligiöser Solidarität und einer klaren Distanzierung „von jeder Form politischer Instrumentalisierung dieser Entwicklungen“. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) nahm gegenüber IDEA keine Stellung zum OIDAC-Bericht und verwies stattdessen auf ihre Stellungnahme zum vierten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Diesen hatte der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel (CDU), am 18. November vorgelegt.

Freikirchen verurteilen auch antisemitische und islamfeindliche Gewalt

Für die VEF nahm deren Generalsekretär Marc Brenner (Allmersbach bei Stuttgart) Stellung. Man nehme mit Sorge wahr, dass Konflikte zunehmend mit Gewalt ausgetragen würden. Dazu gehörten auch politisch motivierte Straftaten, die als christenfeindlich einzustufen seien. Bereits im Februar hatte sich der VEF-Vorstand anlässlich der Anschläge auf das „Stay“-Café der freikirchlichen Zeal Church in Leipzig geäußert . Kritik – auch an Kirchen und religiösen Gemeinschaften – sei ein „wichtiger und notwendiger Bestandteil unserer Demokratie“. Diese dürfe jedoch „niemals in Entmenschlichung, verbale oder gar körperliche Gewalt umschlagen“. Auch wenn die vom BKA erfassten christenfeindlich motivierten Straftaten von 2024 auf 2025 nicht zugenommen hätten, sei „jede einzelne Tat eine zu viel“. Gewalt gegen freikirchliche Gemeinden und ihre Räumlichkeiten sei „in keiner Weise zu tolerieren“. Zugleich sei eine differenzierte Einordnung wichtig: Die Zahl der Straftaten mit antisemitischem oder islamfeindlichem Hintergrund liege „um ein Vielfaches höher“ als die der christenfeindlich motivierten Straftaten. Auch diese Formen von Menschenfeindlichkeit und Gewalt verurteile die VEF ausdrücklich. Zur VEF mit Sitz in Berlin gehören 15 Freikirchen mit rund 280.000 Mitgliedern. Die OIDAC mit Sitz in Wien wurde 2010 gegründet. Geschäftsführerin ist Anja Tang.

Indonesien: Proteste gegen Kirchenbau

Brandanschlag auf Schweinefleisch-Nudel-Restaurant

Obwohl eine Kirche in Indonesien alle gesetzlichen Voraussetzungen für den Bau eines Gotteshauses erfüllt, protestierten am 6. November Hunderte von Muslimen und beriefen sich dabei auf die Notwendigkeit der islamischen Vorherrschaft.

In der Provinz West-Java erhielten die Baupläne der protestantischen Simalungun-Kirche (Gereja Kristen Protestan Simalungun, GKPS) in Cilodong im Regierungsbezirk Purwakarta Empfehlungen vom örtlichen Forum für religiöse Harmonie und vom Ministerium für religiöse Angelegenheiten, so der Regent von Purwakarta, Saepul Bahri Binzein. Er versprach, dafür zu sorgen, dass die von der Kirche eingereichten Unterlagen und Anforderungen vollständig und ordnungsgemäß seien und bekräftigte das Recht der Christen auf Religionsausübung.

Die GKPS-Kirche erhielt laut dem Forum für religiöse Harmonie (FKUB) von Purwakarta und dem örtlichen Ministerium für religiöse Angelegenheiten die erforderliche Unterstützung von 125 Einwohnern und 90 potenziellen Gemeindemitgliedern.

Dennoch demonstrierten Muslime vom Forum zur Wahrung des Glaubens der islamischen Gemeinschaft (Forum Penyelamat Akidah Umat Islam, FPAUI) zusammen mit Einwohnern des Dorfes Cilodong auf der Baustelle, wie verschiedene Medien berichteten.

Die Demonstranten, die nach dem Freitagsgebet in der Tajug-Gede-Moschee in Cilodong ihren Protestmarsch begannen, marschierten in weißer Kleidung mit einem Transparent mit der Aufschrift „Verteidigt den Glauben, bekämpft Rechtsverstöße“ in Richtung der Kirchenbaustelle, während die Polizei das Geschehen beobachtete, wie Tvberita.co.id berichtete.

Die Demonstranten behaupteten, die Bevölkerung der Gegend bestehe zu 99 Prozent aus Muslimen und das Kirchenbaugelände liege in der Nähe der Al-Hidayah-Moschee sowie einer islamischen Internatsschule. Sie erhoben unbegründete Vorwürfe, arme muslimische Anwohner seien bestochen worden, um dem Kirchenbau zuzustimmen, und behaupteten, Anwohner, die die angebliche Bestechung aufdecken wollten, seien eingeschüchtert worden.

„Der Islam ist die einzige von Allah akzeptierte Religion; alle anderen werden von Allah abgelehnt. Die wahre Religion; alle anderen sind falsch“, rief ein Demonstrant (in einem online kursierenden Video der Demonstration) von der Ladefläche eines Lastwagens aus. „Jede Religion außerhalb des Islam wird von Allah, dem Allmächtigen, verflucht. Takbir. Allahu Akbar.“

Er wiederholte den Vorwurf, dass die Kirche arme muslimische Anwohner bestochen habe.

„Indem sie arme Menschen ausnutzten, die Geld brauchen, gaben sie jeder Person durchschnittlich 5 Millionen Rupien [etwa 285 US-Dollar], um den Bau dieser Kirche zu unterstützen“, rief er. Ohne den mutmaßlichen Empfängern die Möglichkeit zu geben, dies zu bestätigen, fuhr er fort: „Bei Allah, ich bezeuge, dass mehrere Einwohner von Cilodong bereit sind, das Geld zurückzugeben. Ihr Problem ist nun, dass sie sich aufgrund von Einschüchterungen nicht trauen, sich zu melden. Sollen wir schweigen, Brüder und Schwestern? Sollen wir es ablehnen, Brüder und Schwestern? Diese Ablehnung ist nicht verhandelbar.“

Elyasa Budianto, ein Vertreter der Protestierenden und Anwalt der Anwohner, erklärte, der Widerstand beruhe darauf, dass die Kirche angeblich eine Gemeindeversammlung am 3. Mai nicht respektiert habe. Ihm zufolge sprachen sich 47 muslimische Anwohner gegen das Projekt aus, während 28 Anwohner den Bau des Gotteshauses unterstützten, wie Beritapembaruan.com berichtete.

„Das Ergebnis der ersten Anhörung muss respektiert werden. Die Anwohner wollen die Gewissheit, dass es keinen Prozess gibt, der die Gemeinde täuscht“, sagte Budianto laut Tvberita.co.id. „Wir haben dem Regenten Dokumente zum Bauvorhaben der Kirche sowie weitere Beweismittel vorgelegt. Es gab Widerstand, insbesondere im Genehmigungsverfahren der Anwohner, daher fordern wir, dass das Vorhaben gestrichen wird.“

Am 8. Oktober hatte bereits eine Demonstration stattgefunden, bei der sich Hunderte von Demonstranten der „Purwakarta Community Alliance“ vor dem Regierungsgebäude von Purwakarta und der örtlichen Dienststelle des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten versammelt hatten. Sie hielten abwechselnd Reden und forderten die Regierung auf, die Baugenehmigung für die Kirche zu widerrufen.

Die Stellungnahme des FKUB zugunsten des Kirchenbaus wurde vom Büro des Ministeriums für Menschenrechte in Westjava unterstützt, das angab, Unterstützung von mehr als 90 potenziellen Nutzern des Gotteshauses und 60 Anwohnern erhalten zu haben. Das Büro empfahl beiden Parteien, den Streit im Dialog und unter Einhaltung der Gesetze beizulegen, wie Kompas.com berichtete.

Der Sonderbeauftragte des indonesischen Ministers für religiöse Angelegenheiten, Gugun Gumilar, teilte den Gemeindemitgliedern der GKPS während eines Dialogs am 11. Oktober mit, dass der Bau fortgesetzt werden könne. Er erklärte, die Voraussetzungen für die Errichtung des Gotteshauses seien auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und Informationen erfüllt.

Pastor Nicky Jefta Wakary von der Tegar-Beriman-Kirche in der Wohnsiedlung Cipta Graha Permai in Cibinong, im Regierungsbezirk Bogor, der zuvor auf Widerstand seitens muslimischer Anwohner gestoßen war, sagte, die Reaktion der Regierung auf Intoleranz bleibe weitgehend symbolisch.

„In mehreren Urteilen hat der Oberste Gerichtshof Indonesiens bekräftigt, dass Genehmigungsvorschriften dazu dienen, Ordnung und religiöse Harmonie zu schaffen, und nicht dazu, die Glaubensfreiheit einzuschränken“, erklärte Pastor Nicky gegenüber Morning Star News. „In der Praxis sieht die Umsetzung jedoch oft anders aus. Intoleranz tritt immer wieder auf, weil die Behörden nicht entschlossen vorgehen.“

Brandanschlag auf Schweinefleisch-Nudel-Restaurant

In der Provinz Zentraljava wurde am 6. November in Solo ein Verdächtiger festgenommen, der im Zusammenhang mit einem Brandanschlag auf ein Schweinefleisch-Nudel-Restaurant in Sukoharjo gesucht worden war.

Die Regionalpolizei von Zentraljava nahm einen Verdächtigen fest, der lediglich als „I.“ identifiziert wurde – ein ehemaliger wegen Terrorismus Verurteilter, der vermutlich der Hauptplaner der Brandstiftung und der Sachbeschädigung im Restaurant „Mi Babi Tepi Sawah“ im Dorf Parangjoro, Sukoharjo, im Bezirk Grogol war, wie Suara.com berichtete.

Der Polizeichef von Sukoharjo, AKBP Indra Maulana Saputra, erklärte laut Kompas.com, der Verdächtige habe für den Angriff am 12. September einen Komplizen rekrutiert. Der Verdächtige habe einen Wachmann des Restaurants mit einer scharfen Waffe bedroht, während sein Komplize, der als A.S. identifiziert wurde, das Gelände verwüstete, Benzin darüber goss und es in Brand setzte, so der Polizeichef.

Der Verdächtige A.S. war bereits am 19. Oktober im Dorf Purbayan im Bezirk Baki in Sukoharjo festgenommen worden. Er soll sich den Beamten mit einer scharfen Waffe widersetzt und dabei zwei Angehörige der Mobilen Brigade von Zentraljava verletzt haben, berichtete Suara.com.

Die Polizei erklärte, die Täter hätten die Präsenz des Restaurants, das Schweinefleisch-Nudeln anbietet, in ihrer Nachbarschaft nicht gutgeheißen. Schweinefleischprodukte sind im Islam verboten.

Um die Verdächtigen aufzuspüren, durchsuchte ein gemeinsames Team der Regionalpolizei von Zentraljava, der Polizei von Sukoharjo und der Polizei von Karanganyar am 27. Oktober zwei islamische Mädcheninternate im Dorf Laban im Bezirk Mojolaban (Sukoharjo) sowie im Dorf Trengguli im Bezirk Jenawi (Karanganyar), wie Solopos.com berichtete.

Unter der Leitung des Polizeichefs von Zentraljava, Generalinspektor Roy Hardi Siahaan, konnten die Beamten bei der Durchsuchung mehrere Beweisstücke sicherstellen, darunter verschiedene scharfe Waffen, Bögen und Pfeile, obwohl laut Solopos.com nicht alle Schülerinnen an kriminellen Aktivitäten beteiligt waren.

Die Razzien in den islamischen Mädcheninternaten wurden von mehreren Seiten verurteilt, darunter auch vom lokalen indonesischen Ulema-Rat. Die Polizei wurde dafür kritisiert, zu weit gegangen zu sein, indem sie eine religiöse Stätte betreten und Schülerinnen verängstigt habe, die keine Zeit gehabt hätten, ihre Hidschabs anzulegen.

https://morningstarnews.org/2026/11/islamic-supremacy-cited-in-opposition-to-church-in-indonesia/

Iran: Geheimdokument: Verhinderung von Weihnachtsfeiern geplant

Die Behörden sollen entsprechende Anweisungen erhalten haben

London/Teheran (IDEA) – Laut einem vertraulichen Dokument des Geheimdienstministeriums planen die Behörden im Iran, Weihnachts- und Neujahrsfeiern im Land zu unterdrücken. Darauf weist die Menschenrechtsorganisation „Article 18“ (London) hin. Ihr liegt nach eigenen Angaben ein Dokument vor, das zuvor der unabhängige iranische Journalist Siamak Tadayon Tahmasbi auf der Plattform X veröffentlichte. Laut Tadayon Tahmasbi wurde das Schreiben vom höchsten Sicherheitsgremium an alle staatlichen Stellen übermittelt – darunter die Provinzbehörden für Kulturerbe und die Postbehörden. Das Schreiben listet eine Reihe von Maßnahmen auf, die verschiedene Sicherheitsbehörden und Verwaltungsstellen im Iran ergreifen sollen, um laut „Article 18“ den „größtmöglichen Schutz der islamischen Überzeugungen“ zu gewährleisten. Dazu gehört unter anderem ein Verbot für Bürgermeister, Kirchen zu besuchen. Zudem soll Forderungen der christlichen Minderheit entgegengewirkt werden, „die außerhalb der geltenden Normen liegen“. Weihnachtsfeiern in Schulen und Kindergärten in Teheran und anderen Großstädten sollen unterbunden werden. Der Online-Verkauf christlicher Artikel soll ebenso verhindert werden wie der Transport christlichen „Werbematerials“ über den Postweg. Hotels dürfen demnach keine Weihnachtsbäume oder Weihnachtsmann-Figuren mehr aufstellen.

Westliche Feiern zunehmend beliebt

Die Empfänger – darunter Leiter der Polizei für öffentliche Sicherheit des Polizeikommandos – werden angewiesen, die Weisung an alle nachgeordneten Stellen weiterzugeben und über die Ergebnisse zu berichten. Nach Einschätzung von „Article 18“ sind Weihnachts- und Neujahrsfeiern im Iran in den vergangenen Jahren zunehmend beliebt geworden – nicht nur unter Christen, sondern im Rahmen eines umfassenden kulturellen Wandels, der auch Feste wie Halloween und den Valentinstag erfasst habe. Zugleich werde die Weihnachtszeit – wie das neue Dokument zeige – auch als Bedrohung wahrgenommen. Bereits im vergangenen Jahr seien die beliebten Weihnachts- und Neujahrsfeiern in der bekannten Wank-Kathedrale in Isfahan zum zweiten Mal „auf mysteriöse Weise“ abgesagt worden. Zudem komme es zur Weihnachtszeit häufig vermehrt zu Festnahmen von Christen, weil Sicherheitskräfte wüssten, dass sich diese dann in größerer Zahl in ihren Wohnungen träfen. Christliche Symbole wie Weihnachtsbäume würden bei solchen Festnahmen regelmäßig beschlagnahmt. Die Organisation „Article 18“ bezieht sich mit ihrem Namen auf den Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dieser beinhaltet, dass jeder Mensch das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit hat. Obwohl der Iran die Erklärung unterzeichnet hat, verstößt der Staat immer wieder gegen die dort festgelegten Rechte. Von den rund 90 Millionen Einwohnern des Landes sind etwa 98 Prozent Muslime. Der Anteil der Christen liegt laut Schätzungen christlicher Hilfswerke bei rund einem Prozent.

Israel: Herzog empfängt bolivianische Politiker

Historischer Besuch

(Von Israelnetz vom 23. November 2026) Der israelische Staatspräsident Jizchak Herzog hat am Sonntag in Jerusalem bolivianische Politiker empfangen. Es ist der erste Besuch einer parlamentarischen Delegation aus dem lateinamerikanischen Land seit mehr als zwei Jahrzehnten. Senatspräsident Diego Ávila Navajas und der Präsident des Abgeordnetenhauses, Roberto Julio Castro, führen sie an. Im Oktober 2025 war der Christdemokrat Rodrigo Paz Pereira zum bolivianischen Staatspräsidenten gewählt worden. Dies führte zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen, das Abkommen wurde im Dezember unterzeichnet. (eh)

Kongo DR: Bischöfe - „Die Kirche ist kein politischer Feind“

Kinshasa (Fides www.fides.org) „Eine besorgniserregende Einschränkung der Ausübung der Religions- und Kultfreiheit, die durch die Verfassung der Demokratischen Republik Kongo garantiert ist.“ So bezeichnete die Nationale Bischofskonferenz des Kongo (CENCO) „die Vorfälle, die die Durchführung des Diözesantags der Jugend der Erzdiözese Kinshasa behindert haben, der am Sonntag, dem 22. November 2026, anlässlich des 41. Weltjugendtags im Tata-Raphaël-Stadion organisiert wurde“ (siehe Fides 23.11.2026).

In einer Erklärung, die im Rahmen einer Pressekonferenz am gestrigen 24. November veröffentlicht wurde, bekräftigt die CENCO, dass diese Handlungen nicht nur eine besorgniserregende Einschränkung der durch die Verfassung garantierten Religions- und Kultfreiheit darstellen, sondern auch einen Verstoß gegen das am 20. Mai 2016 unterzeichnete Rahmenabkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem kongolesischen Staat über Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse.

Die Eucharistiefeier hätte im Tata-Raphaël-Stadion stattfinden sollen, doch die Behörden verwehrten den jungen Gläubigen den Zutritt zur Anlage, ohne dafür vor Ort eine plausible Erklärung zu liefern. „Die katholische Kirche hat der Jugend von Kinshasa durch den ehrwürdigen Pater Raphaël de la Kethulle großzügig dieses Stadion zur Verfügung gestellt, das seinen Namen trägt. Ein solcher Beitrag zum Gemeinwohl verdient nicht die Behandlung, die ihm derzeit zuteilwird“, heißt es in der Erklärung der kongolesischen Bischöfe.

Die CENCO geht anschließend auf den anderen Vorfall ein, der zu Spannungen mit dem Staat geführt hat: die Unterdrückung des friedlichen Marsches, der am 23. November von der Erzdiözese Lubumbashi organisiert wurde (siehe Fides 24.11.2026).

„Den Bischöfen und den friedlichen Demonstranten, die sich zum Gebet versammelt hatten, Tränengas gegenüber einzusetzen, Seiner Exzellenz Monsignore Fulgence Muteba daran zu hindern, seine Residenz zu verlassen, und den Bischöfen sogar den Zugang zum Erzbistum zu verwehren, stellt eine Form der Tyrannei dar, die unser Land, das sich als demokratisch bezeichnet, nicht verdient“, heißt es in der Erklärung.

„Die Erzbischöfe und Bischöfe fordern die zuständigen Behörden respektvoll auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die uneingeschränkte Ausübung der in der Verfassung verankerten Rechte und Freiheiten für alle Bürger ohne jegliche Diskriminierung zu gewährleisten.
Sie erinnern daran, dass der prophetische Auftrag der Kirche, der unter Achtung des Prinzips der Laizität des Staates ausgeübt wird, ausschließlich auf die Förderung des Gemeinwohls, des Friedens, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde abzielt. In diesem Zusammenhang bedeutet es, das falsche Ziel ins Visier zu nehmen, wenn man die Kirche als politischen Feind betrachtet“, schließt die CENCO.

(L.M.) (Fides, 25/11/2026)

Mosambik: Ein Christ erzählt

Von einem Pastor aus Mosambik: „Die Bibeln, deren Anschaffung Sie uns ermöglicht haben (in portugiesischer und Chichewa-Sprache), wurden an fünf neu gegründete Gemeinden in ländlichen Regionen verteilt. Einige dieser Gemeinden hatten zuvor kaum Bibeln, was für einen Unterschied das macht! „Außerdem haben wir eine dreitägige Schulung für Älteste und ihre Ehefrauen durchgeführt, bei der wir betonten, dass die Entwicklung eines vorbildlichen Lebens wichtiger ist als die Kontrolle der Menschen durch äußere Vorschriften. Wir waren schockiert, als wir feststellten, dass kaum eine der Ehefrauen der Ältesten lesen konnte; daher muss die Alphabetisierung nun eine unserer obersten Prioritäten sein.
„Diese Gläubigen auf dem Land lernen schnell und behalten die Lehre im Gedächtnis, aber sie stehen vor vielen Herausforderungen, die ein tiefes Wissen über das Wort erfordern. Wie an anderen Orten mussten wir uns auch hier mit Themen wie Hexerei, Ehen mit Minderjährigen, Armut und Arbeitslosigkeit auseinandersetzen.“ Bridgeway

WORLDNEWS 336 Bridgeway Publications vom 15. Nov. 2026/ bearbeitet AKREF

Myanmar: UN-Gerichtshof erkennt Völkermord an den Rohingya an

„Rückkehr und Staatsbürgerschaft gewährleisten“

Yangon (Fides) – Am 19. November 2026 hat der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen im Verfahren „Gambia gegen Myanmar“ ein Urteil gefällt, in dem festgestellt wird, dass Myanmar für die im Jahr 2017 durchgeführten Operationen des Völkermords an der ethnischen Gruppe der Rohingya verantwortlich ist. Das Urteil erwähnt ausdrücklich die Massaker im Bezirk Maungdaw und verpflichtet Myanmar, den Flüchtlingen eine sichere und freiwillige Rückkehr zu gewährleisten sowie Entschädigungen zu zahlen. „Das Urteil hat in Myanmar gemischte Reaktionen hervorgerufen: Einerseits lehnt die Regierung es ab, andererseits bekunden Organisationen und Bürger ihre Solidarität mit diesem leidgeprüften Volk“, sagt Joseph Kung, ein katholischer Laie aus Yangon, Leiter einer privaten Universität und derzeit Mitglied der Menschenrechtskommission von Myanmar, gegenüber der Agentur Fides. „Als Christen, als Menschen, die sich für die Menschenwürde einsetzen, bringen wir – ebenso wie viele nichtchristliche Bürger Myanmars – unsere Solidarität und unser menschliches Mitgefühl gegenüber dem Volk der Rohingya zum Ausdruck, das seit über einem Jahrzehnt im Norden des Bundesstaates Rakhine leidet. Die Rohingya können den Bezirk Maungdaw nicht verlassen und leben weiterhin in Not, während Berichte über ihre Zwangsrekrutierung sowohl durch die myanmarische Armee als auch durch die Arakan Army, die dieses Gebiet derzeit kontrolliert, zu vernehmen sind“, betont der Katholik.

Maungdaw ist ein Verwaltungsbezirk im äußersten Norden des Bundesstaates Rakhine in Myanmar an der Grenze zu Bangladesch, wo sich nach wie vor der Großteil der in Myanmar lebenden Rohingya konzentriert. Im August 2017 war Maungdaw Schauplatz militärischer Operationen der myanmarischen Armee (Tatmadaw), die Hunderte von Rohingya-Dörfern dem Erdboden gleichmachte und über 500.000 Einwohner zur Flucht in die Flüchtlingslager von Cox’s Bazar in Bangladesch zwang. Ab 2024, als sich der Bürgerkrieg in Myanmar verschärfte, übernahm die lokale Arakan Army (AA) – eine der regionalen ethnischen Milizen, die sich der myanmarischen Armee widersetzen und gegen sie kämpfen – die Kontrolle über den gesamten Bezirk Maungdaw. Zwischen 2024 und 2026 gerieten die in Maungdaw verbliebenen Rohingya-Zivilisten ins Kreuzfeuer zwischen der myanmarischen Armee und der Arakan Army. Berichten der Vereinten Nationen und unabhängiger Forschungszentren (wie ACLED) zufolge war die Rohingya-Bevölkerung auch durch die AA Bewegungseinschränkungen sowie der Beschlagnahmung von Land und Dörfern ausgesetzt, um Familien der Rakhine-Ethnie anzusiedeln.

Nach dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs begrüßte eine gemeinsame Erklärung, die von 219 Organisationen der myanmarischen Zivilgesellschaft im In- und Ausland unterzeichnet wurde, das Urteil und bekräftigte, dass die Vernichtung der Rohingya in den Jahren 2016–2017 „ein von der myanmarischen Armee geplanter und durchgeführter Völkermord“ gewesen sei. Die Unterzeichner der Erklärung bekundeten ihre Solidarität mit denjenigen, die im Exil in Flüchtlingslagern leben, sowie mit den Rohingya, die innerhalb Myanmars weiterhin Gewalt ausgesetzt sind, und forderten die vollständige Umsetzung des Urteils durch vier konkrete Maßnahmen: Entschädigungen und Garantien, dass sich die Gewalt nicht wiederholt; vollständige Anerkennung der Identität der Rohingya und Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft; sichere, freiwillige und würdige Rückkehr; individuelle strafrechtliche Verantwortung für die Militärführung, die die Massaker angeordnet und durchgeführt hat.

Zu den Unterzeichnern des Dokuments gehören die „Interfaith Youth Coalition on Aid“ (IYCA-Myanmar) und die „Myanmar Student Christian Movement“, zwei Organisationen, die das jugendliche und religiöse Engagement in der burmesischen Zivilgesellschaft repräsentieren: Die erste ist ein interreligiöses humanitäres Netzwerk, das vor Ort tätig ist, die zweite ist eine christliche Studentenbewegung, die mit dem „Myanmar Council of Churches“ verbunden ist, einer ökumenischen Organisation, die die wichtigsten protestantischen Kirchen Myanmars vereint.
Die IYCA, die junge Menschen und Freiwillige verschiedener religiöser Traditionen (Buddhisten, Christen, Muslime und Hindus) zusammenbringt, engagiert sich für direkte Nothilfe und interkulturellen Dialog in Gemeinschaften, die von Konflikten und humanitären Krisen betroffen sind. Die Koalition hat sich aktiv dafür eingesetzt, Hassreden gegen die Rohingya entgegenzuwirken und die Solidarität zwischen ethnischen und religiösen Minderheiten zu fördern. Die beiden Jugendorganisationen erkennen die Ungerechtigkeiten an, denen die muslimischen Rohingya ausgesetzt sind, als wesentlichen Bestandteil der Versöhnung und des friedlichen Wiederaufbaus des Landes an.

(PA) (Fides, 20/11/2026)

Niederlande: 15.000 Teilnehmer beim Marsch für das Leben

Lebensrechtler sehen Anzeichen eines kulturellen Wandels in der jungen Generation

Den Haag (IDEA) – So viele waren es noch nie: Rund 15.000 Menschen haben Mitte November am niederländischen Marsch für das Leben teilgenommen. In Den Haag demonstrierten sie für den Schutz ungeborener Kinder. Im Vorjahr waren es noch 11.000 Teilnehmer. Das berichtet die katholische Nachrichtenplattform „Omnes". Veranstalter war die Lebensrechtsorganisation „Schreeuw om Leven" (Schrei nach Leben), die den Marsch seit 1992 organisiert. Die Niederlande gelten als Vorreiter einer liberalen Bioethik: Abtreibungen bis zur 24. Schwangerschaftswoche wurden 1984 legalisiert, wurden aber bislang in der Praxis selten durchgeführt. Pro Jahr werden trotzdem knapp 40.000 Abtreibungen gezählt. 2002 war das Land zudem das erste, das Euthanasie zuließ. Der diesjährige Marsch fand vor dem Hintergrund mehrerer ethischer Kontroversen statt: Wenige Tage zuvor hatte der niederländische Senat die Erzeugung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken erlaubt. Öffentlich diskutiert werden auch die kommerzielle Leihmutterschaft und der erste dokumentierte Fall einer Euthanasie an einem Kind unter zwölf Jahren – einem zweijährigen Kleinkind. Zudem hatte ein Amsterdamer Lehrkrankenhaus im August angekündigt, Spätabtreibungen auf Verlangen bis zum Ende der 24. Schwangerschaftswoche vorzunehmen. Dafür sollen die Eingriffe aus sozialen Gründen und „ohne Indikation" auch bei medizinisch gesunden Kindern und Müttern drei Monate vor dem Geburtstermin durchgeführt werden.

Junge Generation zeigt sich offener für Dialog

Dennoch gebe es Anzeichen eines kulturellen Wandels, erklärte die Generalkoordinatorin des Niederländischen Zentrums für bioethische Reform (DCBR), Irmgard Averesch, gegenüber Omnes. Viele junge Niederländer seien zwar standardmäßig mit einer abtreibungsbefürwortenden Sichtweise aufgewachsen, zeigten sich aber häufig offener für einen Dialog als ältere Generationen. Häufig seien Lebensrechtler die ersten Gegenstimmen, denen sie persönlich begegneten. „Indem wir die richtigen Fragen stellen, können wir sie dazu anregen, tiefer über das Thema nachzudenken und zu erkennen, dass ein ungeborenes Kind mehr ist als nur ein Zellhaufen", erklärte Averesch und fügte hinzu, dass ein Wandel in den Sichtweisen der Jugend letztendlich die zukünftige Ausrichtung und Gesetzgebung des Landes prägen werde. Sie beobachtet zudem eine zunehmende Bereitschaft junger Christen, sich zu engagieren. Die meisten ehrenamtlichen Helfer ihrer Organisation seien junge Menschen, die „erkennen, dass sie vor dieser Ungerechtigkeit nicht länger die Augen verschließen können". Auch die Regionalkoordinatorin von „ProLife Europe" in den Niederlanden, Roos Sparreboom, sieht eine Aufbruchstimmung: „Die Lebensrechtsbewegung wächst eindeutig." Sie verwies auf zahlreiche neue Initiativen an der Basis und eine engere Zusammenarbeit der unterschiedlichen Organisationen. Um die Mehrheit in den Niederlanden zu erreichen, brauche es säkulare Argumente auf Grundlage von Wissenschaft und Menschenrechten statt religiöser Appelle.

Niederlande: Gemeinde beendet Dauergottesdienst nach 730 Tagen

Damit sollte eine usbekische Familie vor der Abschiebung geschützt werden

Kampen (IDEA) – Nach 730 Tagen ist in der evangelischen Kirchengemeinde Open Hof in Kampen im Norden der Niederlande ein ohne Unterbrechung gefeierter Gottesdienst zu Ende gegangen. Mit dem Dauergottesdienst hatte die Gemeinde die aus Usbekistan stammende Familie Babayant vor der Abschiebung geschützt. Nun hat die Familie ein neues Anerkennungsverfahren eingeleitet, währenddessen sie nicht abgeschoben werden darf. Daraufhin habe sie das Kirchenasyl freiwillig verlassen, schreibt der frühere Pastor der Gemeinde, Kasper Jager, auf der Internetseite des Niederländischen Kirchenrates. Die Familie wurde am 21. November in einem Gottesdienst feierlich verabschiedet und wird die Räumlichkeiten der Kirche in Kürze verlassen.

Gerichtsurteil führte zum Umdenken

Das Verfahren stützt sich auf Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens schützt. Anlass für das Umdenken der Familie und ihrer Unterstützer war laut Jager ein Urteil des höchsten Verwaltungsgerichts der Niederlande vom 1. Juli dieses Jahres. Danach muss bei einer Abschiebung dem Wohl der betroffenen Kinder größeres Gewicht beigemessen werden. Zu der Familie gehören vier Kinder im Alter zwischen fünf und 22 Jahren, die zwei jüngsten wurden in den Niederlanden geboren. Dennoch hatte die Regierung in Den Haag auf der Abschiebung beharrt. Sie habe sich zwar immer wieder mit dem Fall befasst, aber keine Lösung gefunden, so Jager. Wie er der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte, gibt es in den Niederlanden vier Asylbewerberunterkünfte für Familien. In welcher die Familie unterkommt, steht noch nicht fest.

Polizei durfte die Kirche nicht betreten

Bei der sechsköpfigen Familie handelt es sich um assyrische Christen, die in Usbekistan zu einer kleinen Minderheit gehören. 95 Prozent der 36 Millionen Einwohner des Landes sind Muslime. Die Familie befand sich bereits am Flughafen von Amsterdam in Abschiebehaft, als ihr Rechtsbeistand die Abschiebung verhindern konnte. Seitdem lebte sie im Kirchenasyl. Nach den Worten von Jager durften Polizei und Behördenvertreter die Kirche nicht betreten, solange dort gesungen und gebetet wird. Das Gemeindezentrum durfte die Familie nicht verlassen. Für sie wurde ein Mehrzweckraum zu einer Wohnung umgestaltet. Die schulpflichtigen Kinder wurden privat in der Gemeinde unterrichtet, Freiwillige kochten für die Familie.

839 Kirchen läuteten ihre Glocken

Die Unterstützung habe weit über Kampen hinausgereicht, erinnerte Jager gegenüber IDEA: „Am 29. April läuteten 839 Kirchen fünf Minuten lang für die in den Niederlanden gestrandeten Kinder.“ Zudem seien im Juni über 120.000 handgeschriebene Karten an das Parlament übergeben worden. Über 2.500 Menschen hätten durch ihren Einsatz das Kirchenasyl ermöglicht. Fast täglich hätten Einzelpersonen sowie kleinere und größere Gruppen aus dem ganzen Land die Familie besucht. „Die Tischkerze des Kirchenasyls hat nicht weniger als 17.520 Stunden lang gebrannt.“ Jager war am 12. April dieses Jahres in den Ruhestand verabschiedet worden, kümmerte sich aber auch danach um die Betreuung der Familie. Im Abschlussgottesdienst sagte der 67-Jährige: „Wir beenden heute den Gottesdienst, nicht den Kampf für diese Familie und für über 420 weitere Kinder“, die ebenfalls von Abschiebung bedroht seien. Auch andere Familien brauchten die Unterstützung der Kirchen, sagte er.

Niger: Die neue humanitäre Notlage

Niamey (Fides-Agentur) Eine weitere humanitäre Krise beginnt, ihre tragischen Auswirkungen in der Sahelzone zu zeigen. Betroffen sind die zahlreichen Menschen, die aus Nigeria geflohen sind, um im Niger Zuflucht zu suchen. Eine Notlage, von der – wie aus den vom UNHCR bereitgestellten Daten hervorgeht – seit Anfang 2026 64.000 Menschen betroffen sind. Grund für diesen massiven Zustrom von Flüchtlingen sind offenbar die Gewalttaten in den nördlichen Regionen Nigerias, die mit den Aktivitäten dschihadistischer Gruppen und krimineller Banden in Verbindung stehen.
Laut Dominique Hyde, dem Direktor für Außenbeziehungen des UNHCR, hat der neue Flüchtlingsstrom aus Nigeria die Zahl der Flüchtlinge erhöht, die bereits im Niger Zuflucht gesucht hatten. Diese wird auf eine halbe Million Menschen geschätzt, von denen mehr als 327.000 aus Nigeria stammen. Hyde selbst erklärte, dass ein weiteres Land zum Ziel für die Bevölkerung aus den nördlichen Regionen Nigerias geworden ist: Benin, das jedoch eine deutlich geringere Anzahl von Flüchtlingen aufnimmt.
Im Niger ist die Lage besonders kritisch in der Region Diffa im Südosten des Landes sowie in der Region Tahoua im Westen. In Diffa kamen allein im Oktober 1.200 Menschen an, in Tahoua waren es 3.400. In Diffa sind seit Jahresbeginn mehr als 23.000 Flüchtlinge angekommen: Und wie immer in solchen Fällen handelte es sich bei den meisten dieser Menschen um Minderjährige und Frauen, die sich in einer humanitären Notlage befinden: „Sie haben nur eingeschränkten Zugang zu Trinkwasser, Nahrungsmitteln und grundlegenden Versorgungsleistungen; auch die medizinische Versorgung ist begrenzt“, erklärte Hyde.

Das Problem betrifft auch die Registrierung der Flüchtlinge: Derzeit sind aufgrund der begrenzten verfügbaren Ressourcen nur 5 % aller in diesem Jahr angekommenen Personen registriert worden. Dieser Aspekt ist nicht nebensächlich, da dieses Verfahren den Zugang zu Hilfsleistungen ermöglicht. Wer den Registrierungsprozess nicht abschließt, wird mit Sicherheit von der humanitären Hilfe ausgeschlossen.

Die UN-Organisation hat den Betrag, der für die Bereitstellung humanitärer Hilfe – Nahrung, Wasser, medizinische Versorgung – benötigt wird, auf etwa elf Millionen Dollar beziffert.

Zu den dringenden Problemen, mit denen die Helfer konfrontiert sind, gehört der Bildungsbereich. Kinder aus Nigeria haben keinen Zugang zum Schulwesen im Niger, da der Unterricht auf Französisch stattfindet und aufgrund fehlender Mittel bislang keine Zwischenklassen eingerichtet wurden. Die Folge ist, dass Tausende von Kindern gezwungen sind, der Schule fernzubleiben.
Während der Niger zum Zufluchtsort für Tausende von Flüchtlingen wird, verzeichnet das Land auch im Bereich der Sicherheit zunehmende Spannungen und Probleme, wobei neue Entwicklungen sogar Investitionen und die Bereitstellung humanitärer Hilfe gefährden. Ein Beispiel hierfür ist die Partnerschaft mit Algerien im Erdölsektor. Der Niger hat mit Algier mehrere Abkommen über die Ausbeutung von Erdölvorkommen im Norden des Landes unterzeichnet. Um die Investition zu schützen, hat Algerien beschlossen, eigene Soldaten in die Projektgebiete zu entsenden – eine Entscheidung, die einen Kurswechsel in der algerischen Außenpolitik markiert.

Es geht nicht nur um den Schutz von Ölfeldern: Der Niger könnte das Transitland für eine Ölpipeline sein, die Nigeria und Algerien verbinden soll.
Die Präsenz dschihadistischer Gruppen, die wirtschaftliche Projekte im Zusammenhang mit Energiequellen ins Visier nehmen, wird auch von den Nachbarländern als Bedrohung wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund wird die Bewältigung einer humanitären Krise, wie sie der Niger derzeit erlebt, zwangsläufig noch komplizierter.

(CG) (Fides, 19/11/2026)

Nigeria: Tabernakel in einer Kapelle in Malali geschändet

Erzbischof beruft eine Sühne-Messe ein

Abuja (Fides) – In Nigeria kam es zu einem schweren Akt der Schändung geweihter Hostien. Die Nachricht wurde von Erzbischof Matthew Man-Oso Ndagoso von Kaduna in einem am 17. November veröffentlichten Hirtenbrief mitgeteilt.

„Die traurige Schändung", so Erzbischof Ndagoso, „ereignete sich in der Christ-the-King-Kapelle (Christ the King Chapel) auf dem Gelände des Federal Training Centre (FTC) in Malali". Der Erzbischof berichtet, dass der Vorfall, der sich am Samstag, dem 14. November, ereignete, mit dem Diebstahl verschiedener Wertgegenstände aus der Kapelle einherging, darunter der Kelch, das Ziborium, ein Verstärker, Deckenventilatoren mit den dazugehörigen Reglern und einige Glühbirnen. Noch schwerwiegender war die Schändung des Tabernakels, aus dem die geweihten Hostien entwendet wurden. Eine Tat, die die katholische Gemeinde in tiefe Bestürzung versetzt hat.

Der Erzbischof von Kaduna hat die Feier „einer Sühne-Messe in der Kapelle zu einem noch festzulegenden Termin" angeordnet und „die Katholiken der Erzdiözese zum Fasten und Gebet aufgerufen, um Sühne für die erlittene Entweihung zu leisten".

Die Kapelle wurde 1982 eingerichtet, um den spirituellen Bedürfnissen der Studierenden und des Personals des Zentrums gerecht zu werden, und steht seitdem unter der seelsorgerischen Obhut der Priester des Augustinerordens (OSA).

Im Laufe des Jahres 2026 hatte der Bundesstaat Kaduna weiterhin mit einer gravierenden Sicherheitslage zu kämpfen, von der auch die christlichen Gemeinschaften betroffen waren. Zu den bedeutendsten Vorfällen zählen Angriffe und Entführungen, wie die Massenentführung von Gläubigen im Januar 2026 in einigen Kirchen von Kurmin Wali, die später befreit wurden (siehe Fides 5.2.2026), sowie weitere Vorfälle in Orten wie Kachia, die oft bewaffneten Banditengruppen zugeschrieben werden.

Der Vorfall in Malali zeichnet sich durch die besondere Schwere der Tat aus: Es handelte sich nicht nur um einen Diebstahl, sondern auch um die Schändung einer Kultstätte und den Diebstahl geweihter Hostien, was dem Geschehen eine besondere sakrilegische Dimension verleiht.

(L.M.) (Fides, 19/11/2026)

Ozeanien/ Papua Neuguinea: Katholischer Priester getötet

Gewalt und Spannungen nach seinem Tod

Rabaul (Fides) – Die katholische Gemeinde der Erzdiözese Rabaul in Papua-Neuguinea hat sich bei zwei Trauerfeiern am 18. und 19. November versammelt, um Don Francis Paska die letzte Ehrezu erweisen. Er war 61 Jahre alt und ein aus Papua-Neuguinea stammender Diözesanpriester sowie Pfarrer der Pfarrei St. Josef in Malagunan in der Provinz Ost-Neubritannien, zu dem die gleichnamige Insel gehört. Wie aus einer Mitteilung der Erzdiözese Rabaul an Fides hervorgeht, war der Priester vor einigen Wochen durch Schüsse verletzt und in kritischem Zustand ins Krankenhaus von Vunapope gebracht worden, wo er nach einigen Tagen am 10. November an den Folgen seiner schweren Verletzungen verstarb. Ersten Ermittlungen zufolge soll der Mann Opfer einer kriminellen Bande geworden sein, die in der Gegend Gewalttaten verübt.
Nach seinem Tod kam es zu Spannungen in der örtlichen Gemeinde: Aufgrund gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Banden nahm die Polizei 40 Personen fest, um die Ruhe wiederherzustellen. Die Ausschreitungen brachen zwischen Jugendlichen aus dem Gebiet von Iawakaka und denen aus der Gegend von Malaguna aus. Auch nach dem Eingreifen der Ordnungskräfte bleibt die Lage angespannt, und es wird eine weitere Eskalation befürchtet. Die Polizei hat eine Warnung herausgegeben, die sich an das medizinische Personal und an Durchreisende richtet, und fordert sie auf, bei Fahrten auf der Straße nach Rabaul die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.Alphonse Maur, ein Gemeindevorsteher aus Malaguna, erklärte gegenüber einem lokalen Radiosender, dass „die beteiligten Jugendlichen verhaftet und wegen des Mordes an einem Mann Gottes zu lebenslanger Haft verurteilt werden sollten“. Don Francis, so sagte er, sei „ein Unschuldiger, ein guter Mann gewesen, der Gottes Wort auf Erden verkündete und ein guter Hirte in der Gemeinde Malaguna war“.Don Francis, geboren am 17. April 1965 und am 5. Juni 2004 zum Priester geweiht, wird als bescheidener und bodenständiger Mensch in Erinnerung behalten, der sich dem Dienst an den Gläubigen der St.-Joseph-Kirche sowie an den Bewohnern entlegener Gebiete verschrieben hatte. Seine Gläubigen und seine Angehörigen fordern Gerechtigkeit und die strafrechtliche Verfolgung der Täter.

Im Zusammenhang mit dem Mord haben die führenden Persönlichkeiten der örtlichen Gemeinde in den letzten Monaten auf eine Eskalation von Raubüberfällen, gewaltsamen Einbrüchen, Auseinandersetzungen zwischen Jugendbanden und weit verbreiteter sozialer Instabilität in der gesamten Provinz Ost-Neubritannien hingewiesen.

In einer Botschaft an die Gläubigen schreibt Rochus Josef Tatamai, MSC, Erzbischof von Rabaul: „Euer Herz lasse sich nicht verwirren. Glaubt an Gott und glaubt an mich! 2 Im Haus meines Vaters gibt es viele Wohnungen. ... Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben.“ (Johannes 14,1–2.6)
Er spricht seiner Familie sein tiefstes Beileid aus und versichert: „Wir sind euch in dieser Stunde der Trauer nahe. Ihr habt euren Sohn Gott und der Kirche geschenkt. Er war euer Stolz, euer Gebet und euer Opfer. Was ihr geschenkt habt, hat Gott nun zu sich genommen. Mögt ihr Trost darin finden, dass sein Leben nicht umsonst war: Es wurde als Opfergabe für Gott und sein Volk dargebracht. Wir weinen mit euch, wir beten mit euch und wir werden euch nicht allein lassen.“
An die Heimatgemeinde von Pater Paska, die Pfarrei „Unsere Liebe Frau von der Himmelfahrt“ in Vunadidir, wendet sich der Erzbischof mit folgenden Worten: „Ihr seid der Boden, auf dem seine Berufung inspiriert, empfangen, gekeimt, gepflanzt, genährt und zur Reife gebracht wurde. Vunadidir hat einen geliebten Sohn verloren, aber der Himmel hat für immer einen Priester gewonnen. Danke, dass ihr ihn genährt, ausgebildet, geführt und unterwiesen habt, damit er der Diözesanpriester werden konnte, der er war.“

Zu all jenen, die ihn als Seelsorger kannten, sagt er: „Ihr habt ihn aus nächster Nähe kennengelernt: am Altar, im Beichtstuhl, am Krankenbett, beim Taufbecken, beim Empfang des Brotes des Lebens am eucharistischen Tisch und in euren Häusern. Er hat eure Freuden gefeiert, auf den Friedhöfen eure Verstorbenen beigesetzt und mit Geduld und Ausdauer gemeinsam mit euch eure Schmerzen und Herausforderungen ertragen. Sein vorzeitiger und plötzlicher Tod hinterlässt eine Wunde in euren Seelen und im Herzen der Gemeinde. Bleibt fest im Glauben und im Wort Gottes, das er euch gepredigt hat. Der Priester stirbt, aber das Priestertum bleibt, und Christus bleibt für immer bei euch, denn er ist der Immanuel, Gott mit uns."An die Priester erinnert Erzbischof Tatamai: „Wenn ein Mitbruder im Priesteramt getötet wird, empfinden wir alle ein tiefes Gefühl des Verlusts und eine unermessliche Traurigkeit. Verliert nicht den Mut. Zweifelt nicht. Wankt nicht. Unser Priesteramt gehört nicht uns, und wir führen es nicht aus eigener Kraft fort. Wir haben Anteil am Priestertum Christi, des einzigen und höchsten Priesters in Ewigkeit."Die Botschaft fügt hinzu: „Sein Tod möge uns daran erinnern, stets in Gemeinschaft mit unserem Volk vereint zu sein, einander mehr zu lieben, uns im Dienstpriestertum stärker zu unterstützen, einander schnell zu vergeben und jeden Tag füreinander zu beten. Lasst uns die Mission fortsetzen, die Jesus Christus den Aposteln anvertraut hat, damit sie sie wiederum an uns weitergeben."
Der Erzbischof schließt mit den Worten: „Wir vertrauen die Seele von Don Francis der Barmherzigkeit Gottes an, auf die Fürsprache Mariens, des heiligen Josef, des heiligen Petrus ToRot und der ganzen Schar der Zeugen, Missionare, Freunde und Wohltäter unserer Gemeinschaft."

(PA) (Fides, 19/11/2026)

Pakistan : Warten auf Vollstreckung des Todesurteil wegen kritischem Zitat

ICC-Nachrichten & Berichte - Shahzad Masih war gerade einmal 16 Jahre alt, als er aufgrund falscher Anschuldigungen verhaftet wurde, und wartet seit 2022 auf seine Hinrichtung durch den Strang.

Neun Jahre später setzt sich das American Center for Law and Justice (ACLJ) über seine pakistanische Partnerorganisation, die Organization for Legal Aid (OLA), weiterhin für seine Freilassung ein, wie Christian Daily International berichtete.

Im Jahr 2017 arbeitete Masih als Hausmeister in einem Krankenhaus, als ein muslimischer Kollege ihn nach seinem Glauben an Jesus fragte. Als er seinen Glauben erläuterte, erwähnte er eine Bemerkung eines Freundes der Familie, die sich gegen den Propheten Mohammed richtete; dies beleidigte den Kollegen und beendete das Gespräch.

Der Kollege gehörte der „Tehreek-e-Tahfuz-e-Islam“ an, einer konservativen islamischen Gruppe in Pakistan. Mitglieder der Gruppe erfuhren von ihrem Gespräch und konfrontierten Masih damit. Obwohl er versuchte, die Situation zu klären, wurde er am 13. Juli 2017 der Polizei übergeben und ohne anwaltliche Vertretung verhört, bevor er inhaftiert wurde.

Im November 2022 wurde er gemäß § 295C des pakistanischen Strafgesetzbuchs wegen „abfälliger Äußerungen usw. gegenüber dem Heiligen Propheten“ zum Tode verurteilt. Seitdem wartet er darauf, aufgrund dieses ungerechten Urteils gehängt zu werden.

Die Vereinten Nationen haben seine sofortige Freilassung gefordert und erklärt, dass diese Entscheidungen sein Recht auf „Meinungsfreiheit“ verletzen. OLA hat ihn unterstützt und viermal Berufung für seine Freilassung eingelegt, doch das Oberste Gericht in Lahore hat seinen Fall noch nicht verhandelt.

„Shahzad Masih war gerade einmal 16 Jahre alt, als er verhaftet wurde, und neun Jahre später sitzt er immer noch in der Todeszelle, weil er angeblich die Worte eines anderen wiedergegeben hat“, sagte CeCe Heil, leitende Rechtsberaterin und internationale Rechtsdirektorin der ACLJ.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Pakistan: verschärfte Blasphemiegesetze im Punjab

Menschenrechtsaktivisten kritisierten einen am 24. November in der Provinzversammlung von Punjab verabschiedeten Beschluss, der strengere Strafen für Blasphemie gegen die Ehefrauen, Familienangehörigen und Gefährten des islamischen Propheten fordert.

Eine Verschärfung der umstrittenen Blasphemiegesetze in Pakistan könnte weitere falsche Anschuldigungen gegen Bürger, darunter auch Christen, schüren, so die Kritik an dem in der Versammlung einstimmig verabschiedeten Beschluss.

Die von dem Oppositionsabgeordneten Rana Aurangzaib eingebrachte Resolution bezeichnete die bestehende Strafe gemäß § 298-A des pakistanischen Strafgesetzbuchs (PPC) als unzureichend für Handlungen, die angeblich religiöse Gefühle verletzen.

§ 298-A sieht für abfällige Äußerungen gegen die Ehefrauen und Familienangehörigen des islamischen Propheten Mohammed, die vier islamischen Kalifen und seine Gefährten eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren, eine Geldstrafe oder beides vor. Die Bestimmung umfasst Äußerungen in mündlicher oder schriftlicher Form sowie durch visuelle Darstellungen, ebenso wie direkte oder indirekte Anspielungen auf die gesetzlich geschützten Persönlichkeiten.

Die Resolution forderte die Bundesregierung auf, die Angelegenheit mit hoher Priorität zu behandeln und einen Gesetzentwurf zur Verschärfung der Strafen gemäß § 298-A einzubringen. Außerdem forderte sie eine wirksame Gesetzgebung und Umsetzung, um religiöse Heiligtümer zu schützen und den sozialen Frieden und die Harmonie zu wahren.

Dieser Schritt ließ die Besorgnis über frühere Versuche, die Bestimmung zu verschärfen, wieder aufleben. Im August 2023 verabschiedete das pakistanische Parlament den „Criminal Laws (Amendment) Bill 2023“, der vorschlug, die Höchststrafe gemäß § 298-A von drei Jahren auf mindestens zehn Jahre zu erhöhen, mit der Möglichkeit einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Der Gesetzentwurf wurde jedoch nicht zum Gesetz, nachdem der damalige Präsident Arif Alvi ihn ohne Unterschrift an das Parlament zurückverwies.

Menschenrechtsorganisationen hatten sich entschieden gegen die vorgeschlagenen Änderungen ausgesprochen und davor gewarnt, dass härtere Strafen und Änderungen der Bestimmungen zur Freilassung gegen Kaution die Rechte der nach diesem Gesetz Angeklagten weiter gefährden würden.

Die Menschenrechtskommission Pakistans (HRCP) warnte insbesondere davor, dass die Änderungen den gesetzlichen Anspruch auf Freilassung gegen Kaution für nach § 298-A Angeklagte aufheben würden, wodurch ihre Freilassung vom richterlichen Ermessen abhängig würde.

Die Kommission hob zudem das allgemeine Muster des Missbrauchs im Zusammenhang mit Pakistans Blasphemiegesetzen hervor und wies darauf hin, dass Anzeigen manchmal unter dem Druck religiöser Gruppen, aufgrund persönlicher Streitigkeiten oder aus Angst vor Gewalt durch den Mob nach Blasphemievorwürfen erstattet werden.

Obwohl die Punjab-Versammlung die Resolution vom Dienstag einstimmig unterstützte, würde jede Änderung von Abschnitt 298-A eine Gesetzgebung auf Bundesebene erfordern, sagte ein christlicher Anwalt, der bereits mehrere Personen erfolgreich verteidigt hat, denen fälschlicherweise Blasphemie vorgeworfen wurde.

„Anstatt die Gesetzgebung zu verschärfen, sollte die Bundesregierung Gesetze gegen falsche Blasphemievorwürfe erlassen, die weiterhin das Leben Unschuldiger gefährden“, sagte der Anwalt gegenüber Christian Daily International-Morning Star News unter der Bedingung der Anonymität. „Es besteht dringender Bedarf an einem abschreckenden Gesetz, um Menschen vor organisierten Gruppen und Einzelpersonen zu schützen, die falsche Anschuldigungen als Mittel nutzen, um Geld von Menschen zu erpressen.“

Offizielle Zahlen, die im Juli einem Senatsausschuss vorgelegt wurden, unterstrichen die Bedenken hinsichtlich des Missbrauchs von Blasphemievorwürfen noch weiter. Am 8. Juli teilten die Innenminister der Provinzen und hochrangige Polizeibeamte dem Fachausschuss für Menschenrechte des Senats mit, dass ein Großteil der 333 Blasphemiefälle, die in den vergangenen fünf Jahren in den vier Provinzen Pakistans registriert wurden, erfunden waren. Zu den Fällen gehörten Vorwürfe gegen Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten.

Während der Sitzung unter dem Vorsitz von Senatorin Samina Mumtaz Zehri in Islamabad legten die Beamten Daten vor, aus denen hervorgeht, dass in Punjab die höchste Zahl an Fällen nach § 295-C verzeichnet wurde, der die Beleidigung Mohammeds unter Strafe stellt. Insgesamt wurden in diesem Fünfjahreszeitraum 116 Fälle nach dieser Bestimmung registriert.

Den Daten zufolge waren 56 Prozent der Beschuldigten Muslime, während 14 Prozent religiösen Minderheiten angehörten.

In der Provinz Sindh wurden 96 Fälle gemäß § 295-B verzeichnet, der die Schändung des Korans unter Strafe stellt, sowie 29 Fälle gemäß § 295-C. Die Provinz Khyber Pakhtunkhwa verzeichnete in diesem Zeitraum mehr als 90 Blasphemiefälle, während Belutschistan mit 28 Fällen die geringste Zahl meldete.

Beamte der Provinzen räumten ein, dass persönliche Fehden, Familienstreitigkeiten und andere private Konflikte häufig der Grund für Blasphemievorwürfe waren. In vielen Fällen konnten die Ermittlungen keine Beweise zur Stützung der Anschuldigungen aufdecken, was zur Einstellung der Verfahren führte.

Ein Bericht von Human Rights Watch (HRW) vom Juni 2025 dokumentierte zudem die Ausnutzung der pakistanischen Blasphemiegesetze, um schutzbedürftige Gemeinschaften zu enteignen und religiöse Minderheiten einzuschüchtern.

„Blasphemievorwürfe werden zunehmend als Waffe eingesetzt, um Massengewalt anzustacheln, marginalisierte Gruppen zu vertreiben und ihr Eigentum ungestraft an sich zu reißen“, erklärte HRW in seinem 29-seitigen Bericht „A Conspiracy to Grab the Land: Exploiting Pakistan’s Blasphemy Laws for Blackmail and Profit“ (Eine Verschwörung zur Landaneignung: Die Ausnutzung der pakistanischen Blasphemiegesetze für Erpressung und Profit).

Der Bericht dokumentierte Fälle, in denen Blasphemievorwürfe genutzt wurden, um Geschäftskonkurrenten ins Visier zu nehmen und Menschen zur Übertragung von Eigentum zu zwingen, und warnte, dass die vagen und weit gefassten Bestimmungen der Gesetze Missbrauch selbst ohne glaubwürdige Beweise begünstigen.

HRW kritisierte zudem das pakistanische Strafrechtssystem dafür, dass es die Urheber von Massengewalt nicht zur Rechenschaft zieht. Die Polizei versäume es häufig, der Blasphemie beschuldigte Personen zu schützen oder ordnungsgemäße Ermittlungen durchzuführen, erklärte die Organisation, während politische und religiöse Persönlichkeiten, denen Anstiftung zur Gewalt vorgeworfen wird, aufgrund von Einschüchterung und mangelndem politischen Willen oft einer Festnahme oder Strafverfolgung entgehen.

Tehmina Arora, Direktorin für Interessenvertretung in Asien bei der christlichen Rechtsberatungsorganisation Alliance Defending Freedom International (ADF), sagte, Pakistan solle seine strengen Blasphemiegesetze aufheben, anstatt weitere Einschränkungen einzuführen.

„Angesichts der Tatsache, wie leicht es in Pakistan ist, Verfahren wegen Blasphemie einzuleiten, haben solche Gesetze eine abschreckende Wirkung auf die Ausübung und Verbreitung des eigenen Glaubens“, sagte Arora. „Blasphemiegesetze schaffen nicht nur eine Kultur der Gewalt und Diskriminierung, sie verstoßen auch gegen das Völkerrecht und müssen aufgehoben werden.“

Sie forderte zudem die internationale Gemeinschaft auf, Blasphemiefälle in Pakistan genau zu beobachten und Druck auf die Regierung auszuüben, um die Rechenschaftspflicht sicherzustellen.

„Organisierte Gruppen, die Blasphemievorwürfe ausnutzen, um unschuldige Menschen ins Visier zu nehmen, untergraben die Rechtsstaatlichkeit und bringen Christen und andere schutzbedürftige Gemeinschaften in große Gefahr“, fügte sie hinzu.

https://morningstarnews.org/2026/11/harsher-blasphemy-law-resolution-passed-in-punjab-pakistan/

Sudan: Neuer Radiosender

Vor Kurzem ist Radio Darfur auf Sendung gegangen, um die gute Nachricht im Sudan und Tschad zu verbreiten! Über diesen Kanal wird den Hörern jetzt auch aus dem Fur Neuen Testament vorgelesen, das am 30.08.2025 an die Fur übergeben wurde Beten Sie für guten Empfang. Beten Sie besonders, dass dadurch Herzen verändert und Geschwister ermutigt werden.

Wycliff. Infos vom Dezember 2026

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:
Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)
Spendenkonto:
IBAN: DE87520604100000416800
BIC: GENODEF1EK1
Evangelische Kreditgenossenschaft
Verwendungszweck „AKREF"
Gerne können Sie auch online spenden.

Links

www.csi-de.de

https://islam.ead.de/

https://akref.ead.de/

https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]